



STEINZEITUNG

Sonderausgabe

Mit Bundespräsident Joachim Gauck nach Tunesien

Vom 27. bis 29. April 2015 hatte ich als Abgeordneter die Ehre unseren Bundespräsidenten Joachim Gauck zu seinem ersten offiziellen Staatsbesuch nach Tunesien zu begleiten.

Tunesiens jüngste Entwicklung seit der sogenannten Jasmin-Revolution im Januar 2011 gilt vielen als beispielgebend und die neue Verfassung der jungen Demokratie ist vorbildhaft für die arabische Welt. Diese Entwicklungen und die Kooperation zwischen der EU und Nordafrika waren auch Gegenstand der 2. Europäischen Nachbarschaftskonferenz der Bertelsmann Stiftung, die zeitgleich in Tunis stattfand. Ziel der Konferenz war die Stärkung der Kooperation und des Dialogs zwischen Politikern, Unternehmern und Vertretern Nordafrikas und Europas zu stärken.

Neben weiteren politischen Gesprächen mit Vertretern des Parlaments, ging es vor allem um Fragen der Wirtschaft und der Sicherheit. Dabei bezeichneten die tunesischen Gesprächspartner die schlechte Wirtschaftslage und die Bedrohung durch den Terrorismus als größte Gefahr für den Demokratisierungsprozess. Der Tourismus ist für Tunesien als Wirtschaftsfaktor besonders wichtig. Umso trauriger ist sein Einbruch nach dem feigen Anschlag im März 2015 auf das

Bardo-Museum und Touristen in Tunis. Ich hatte das Museum 14 Tage vor dem Anschlag mit einer Gruppe tunesischer Schüler anlässlich der Ausstellung 100 Jahre Tunisreise, Klee und Macke besucht und es ging mir sehr unter die Haut, was dann geschah. Ich habe den tunesischen Freunden in Ge-



Bildnachweis: Peter Stein

genwart von Gauck meine Hochachtung ausgedrückt. Von den etwa 10 Mio. Tunesiern gingen einen Tag darauf, 2 Mio. auf die Straße um gegen Terrorismus und Islamismus zu demonstrieren.

Wir Deutsche haben in den vergangenen Jahren den Transformationsprozess Tunesiens in erheblichem Maße unterstützt. Dieser Einsatz trägt Früchte. Tunesien hat mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung, den Wahlen im Jahr 2014 und der Regierungsbildung im Frühjahr 2015 wichtige Schrit-

te in Richtung Konsolidierung der jungen Demokratie getan. Unsere Anerkennung diesbezüglich haben wir sowohl dem 88-jährigen Präsidenten der Republik Tunesien Beji Caïd Essebsi als auch dem tunesischen Ministerpräsidenten Habib Essid gegenüber zum Ausdruck gebracht. Jetzt steht Tunesien vor der

schwierigen Aufgabe, Kommunalwahlen durchzuführen.

Sehr bemerkenswert finde ich, dass von den in Tunesien ansässigen rund 250 deutschen Firmen, die mehr als 50.000 Menschen beschäftigen, seit dem politischen Umbruch 2011 keine das Land verlassen hat. Das bringt uns Deutschen ein hohes Ansehen ein. Das Vertrauen in die tunesische Zivilgesellschaft und ihre Demokratiebemühungen sind groß. Das war auch beim Besuch des deutschen Autzulieferers Dräxlmaier in Siliana zu

spüren. In der strukturschwachen Region beschäftigt der bayerische Autokabelhersteller an dem 2008 gegründeten Standort rund 3000 Angestellte.

Dort im Landesinneren sind die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme stärker zu spüren als in den tunesischen Großstädten und den reicheren Küstenorten. Ihr erstes Werk hat die Firma bereits 1974 in Sousse errichtet und ist somit seit 40 Jahren und mit insgesamt rund 9000 Mitarbeitern ein starker Partner in und für Tunesien.

Mich hat besonders ihr Engagement bei der Einführung des deutschen dualen Ausbildungssystems in Tunesien beeindruckt. Seit 2013 werden dort Mechatroniker und seit 2014 Verfahrensmechaniker ausgebildet.

Zum Ende unseres Besuches in Tunesien hatten wir Gelegenheit zu einem umfassenden Gespräch im Beisein der Leiterin der "Kommission für Wahrheit und Würde", Sihem Bensedrine. Es ging sowohl um die Herausforderungen der tunesischen Übergangsgerechtigkeit als auch um die Aufarbeitung des Unrechts der Diktatur. An der Stelle war Joachim Gauck sehr in seiner eigenen Biografie und es wurde eine beeindruckende Diskussion zwischen dem 75-jährigen Deutschen und seinem 88-jährigen Präsidentenkollegen sowie uns jüngeren Deutschen und Tunesiern.



Bildnachweis: Bundesregierung / Jesco Denzel



Bildnachweis: Bundesregierung / Jesco Denzel